

Die Kommission für Frauenarbeit.

(Ein neues Organ der sozialen Fürsorge.)

Von Universitätsprofessor Dr. Karl Brodhaufen.

Wien, 26. Januar.

Eine Neuschöpfung des Ministeriums für soziale Fürsorge wird das Interesse der arbeitenden Frauen um so mehr erwecken, als sie selbst berufen sind, durch ihre Vertreterinnen die hauptsächlichlichen Träger des neuen Organs zu sein.

Es soll nämlich eine „Kommission für Frauenarbeit“ in Ministerium eingesetzt werden, deren Aufgabe es ist, den Gefahren zu begegnen, welche die heutige Lage wesentlich erweiterte Frauenarbeit mit sich bringt. Neu ist an dieser Kommission nicht bloß der Gedanke selbst, in einem Ministerium den bisher fehlenden Mittelpunkt für alle derartigen Schutz- und Fürsorgebestrebungen zu schaffen; neu ist insbesondere auch die durchaus unbureaukratische, ja man könnte fast sagen, antibureaukratische Art der Durchführung.

Der Minister Mataja ruft nämlich die Frauen selbst unmittelbar zur Tätigkeit heran; er setzt sich oder doch seinen Sektionschef dauernd mit den Frauen zusammen an den Arbeitstisch, an welchem sie ihre wichtigsten Lebensfragen selbst beraten sollen. Die großen Frauenorganisationen werden berufen, diejenigen ihrer Mitarbeiterinnen namhaft zu machen, von denen zu erwarten ist, daß sie den Minister beraten können, und umgekehrt erhofft sich dieser von den auf solche Weise delegierten Frauen, daß sie das Ergebnis der Beratungen in ihren Organisationen auch verwirklicht durchzuführen werden und letztere zur Arbeit in der beschlossenen Richtung veranlassen. So soll eine verheißungsvolle Wechselwirkung zwischen Staatsamt und freier Organisation bewirkt werden, wie sie in dieser Form bei uns neu ist und speziell für die großen Probleme der Frauenarbeit bisher fehlte.

Die Frauenfrage tritt infolge der gesteigerten Frauenarbeit gegen früher in wesentlich verschärfter Form hervor; denn für das, was die Frau jetzt leistet, passen die in erster Linie für Männer erlassenen gesetzlichen Vorschriften nur mehr zum geringsten Teile. Bisher war die Sonderstellung der Frau gleichsam in einer Anmerkungsrubrik berücksichtigt worden; in einem Anhang für „Frauen und Jugendliche“ standen einige Modifikationen des für Männerarbeit zugeschnittenen Gesetzes. Diese nebensächliche Behandlung reicht heute nicht mehr aus und in dem zunächst gefühlsmäßig empfundenen Triebe, die neuen Probleme durch die verschiedensten Mittel zu bewältigen, begannen die Frauen sich selbst zu rühren. Die bestehenden Frauenorganisationen erhielten unerwarteten Zuzug, neue Vereine schossen gleich Pilzen zahlreich aus dem Boden — verschieden in ihrer Zusammensetzung, auseinandergehend in ihren Aktionen, die einen bereit, soziale Hilfe zu bringen, die anderen vornehmlich bestrebt, Rechte zu erringen, war ihnen doch letzten Endes der Wille gemeinsam, die gefährdete Frau und die in ihr gefährdete Familie wieder in einen Gleichgewichtszustand zu bringen.

Aber diesen zahlreichen Organisationen fehlte bisher etwas — es fehlte die Brücke, um ohne unnütze Weitwendigkeiten an die richtige Stelle der staatlichen Verwaltung zu gelangen, wo ihre vielfachen, oft widersprechenden Anregungen, Vorschläge und Forderungen geprüft, gesichtet und in die Tat umgesetzt werden konnten. Ein Hausieren mit unabgeklärten Projekten von Amt zu Amt trat ein, das auch gute Bestrebungen lahm legte. Ohne organische Verbindung mit einer durchführenden Behörde drohten diese Ansätze zu fruchtlosen Diskussionen zu werden, schienen die Frauenvereine gerade auf diesem wichtigen Gebiete eher Debattierklubs als werktätige Hilfskräfte der Allgemeinheit werden

zu sollen. Diesem unerfreulichen Zustande soll nun ein Ende gemacht werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge will die sozial wichtige Frage der Frauenarbeit in seine Obhut nehmen und den gemeinsamen Mittelpunkt aller dort einschlägigen Fragen bilden. Freilich, wenn der Staat eine neue Aufgabe in die Hand nimmt, so entsteht sogleich eine neue Gefahr, die der Bürokratisierung; zunächst wird ein Amt geschaffen, und wenn dies die Aufgaben an sich zieht, die bisher freier Vereinstätigkeit überlassen waren, so laufen die Vereine Gefahr, beiseite geschoben zu werden; damit gehen Arbeitskräfte verloren oder sie beschränken sich auf Kritik; die Vereine verkümmern oder gehen in die Opposition. Wenn dies die Entwicklung wäre, so dürfte damit der Sache und den Frauen herzlich wenig gedient sein.

Aber zum Glück liegt eine gegenteilige Erklärung des Ministers aus der Zeit vor, da er zum erstenmal die Struktur des sozialen Ministeriums darlegte und er dem Gedanken Ausdruck verlieh, an Stelle eines imperativen behördlichen Vorgehens vor allem sich die Mitwirkung weiterer Kreise der Beteiligten zur Prüfung und Durchführung seiner Pläne zu sichern.

Diesen Worten folgt jetzt die Tat; nicht eine hierarchische Stufenleiter schwerdotierter Ämter, nicht eine Bureaucratie großen Stils soll eingerichtet werden, vielmehr will der Minister jene Frauenorganisationen, die bisher mit diesen Fragen sich theoretisch beschäftigt und bereits praktisch in ihnen betätigt haben, unmittelbar in den Dienst der Sache stellen. Gedacht ist ein Komitee von zwölf Frauen, die als Vertreterinnen der großen bestehenden Organisationen von diesen selbst ausgewählt und dem Minister präsentiert werden. Es sollen dabei alle sozialen Schichtungen sowie die politischen und nationalen Richtungen Berücksichtigung finden. Es sollen also die Organisationen direkte Mitbeter des Staates werden; sie wahren sich ihre bisherige Freiheit, ihre Delegierten bleiben nach wie vor in ihren Vereinsfunktionen, aber sie haben jetzt in ganz anderer Weise als bisher das Ohr des Ministers und umgekehrt mag er nun die Tätigkeit der Vereine in wirksame Bahnen leiten.

Damit aber dieser Zusammenhang ein permanenter und nicht auf intermittierende Komiteesitzungen beschränkter sei, werden zugleich zwei Konsulentinnen ständig im Ministerium angestellt, um die Referate für die Kommission vorzubereiten und die Geschäftsstücke, welche die Frauenarbeit betreffen, auszuarbeiten. Das Komitee, gleichsam ein Extrakt der Organisationen, tritt durch weibliche Verbindungsbeamtete in Kontakt mit der Bureaucratie.

So wird einerseits ein kostspieliges Frauenamt vermieden, andererseits der Zusammenschluß der Frauenorganisationen und der Anschluß an das Ministerium erreicht; der Weg ist vorgezeichnet, auf dem die Frauen realisierbare Pläne nach entsprechender Sichtung und Prüfung auch realisieren können. Wohl ist diese Form des Zusammenarbeitens von Ministerium und Frauenwelt etwas neu; manchem mag sie befremdlich erscheinen; aber es scheint doch mit kühnem Griff ein verheißungsvoller Anfang gemacht.